

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Meisterzwang abschaffen, Existenzgründungen fördern, Arbeitsplätze schaffen**

Durch die wirkliche Sicherung der Gewerbefreiheit können in Deutschland zahlreiche Betriebe neu gegründet und noch mehr Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Als eine wichtige Voraussetzung hierfür muss der so genannte Meisterzwang abgeschafft werden — also das grundsätzliche Verbot, einen Handwerksbetrieb zu führen, ohne vorher den Meistertitel erworben zu haben. Dieser Meisterzwang wurde im Jahr 1935 wieder eingeführt und gilt in Deutschland bis heute. Das Ablegen der Meisterprüfung ist teuer und langwierig. Die in dieser Zeit zusätzlich erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sind zwar erforderlich, um Lehrlinge auszubilden u. ä., aber eine Sicherung der Qualität eines Handwerksbetriebes wird hierdurch nicht begründet. Dies kann auch auf andere Weise geschehen. Wenn ein Handwerker oder Handwerkerin das Risiko einer Existenzgründung auf sich nehmen will, so sollen sie dies auch tun dürfen.

Da es heutzutage — außer dem Konkurrenzschutz — keine ausreichende Begründung mehr für eine solche Vorschrift gibt, verzichten bis auf Österreich alle europäischen Länder auf derart strikte Regelungen und verzeichnen deutlich mehr Arbeitsplätze. Nach Berechnungen von Fachleuten könnten so in Deutschland ca. 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Land Bremen Existenzgründungen durch Gesellenbetriebe nicht zu erschweren und die Potenziale zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen und deshalb eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Meisterzwangs zu starten.

Anja Stahmann,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen